Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 52. Sonnabend den 2. März. 1850.

Inhalt.

Ich habe dem General-Major von Strotha die nachgesuchte Entbindung von seiner Stellung als Kriegs-Minister, unter Ernennung zum General-Lieutenant bewilligt, und dagegen den General-Lieutenant von Stockhausen zum Kriegs-Minister ernannt, und mache dem Staats-Ministerium die dieserhalb an die genannten Generale erlassenen Ordres anbei in Abschrift bekannt.

Charlottenburg, den 27. Februar 1850. Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. An das Staats-Ministerium.

Eingedenk Meiner Verheißung, die von Ihnen Ihrer Gesundheits-Umstände wegen wiederholt nachgesuchte Enthebung von Ihrer jetzigen Stellung als Kriegs-Minister eintreten zu lassen, sobald es die Staats-Verhältnisse ohne wesentliche Nachtheile gestatten würden, will Ich Sie nunmehr von dieser Stellung — unter voller dankbarer Anerkennung der von Ihnen Mir und dem Vaterlande in einer schweren Zeit mit Hingebung geleisteten erfolgreichen Dienste — hierdurch entbinden. Zugleich ernenne Ich Sie zum General-Lieutenant und bewillige Ihnen gern den zur völligen Wiederherstellung Ihrer Gesundheit nöthigen Urlaub mit den vollen Gehalts-, Rations- und Servis-Kompetenzen Ihrer neuen Charge, und werde nach vier Monaten Ihrer Anzeige entgegensehen, ob Ihre Gesundheit Ihnen gestattet, in einen militairischen Wirkungskreis wieder einzutreten.

Charlottenburg, den 27. Februar 1850. Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. An den Kriegs-Minister General-Major von Strotha.

Bei der eingetretenen Erledigung des Kriegs-Ministeriums richtet sich Mein Vertrauen auf Sie, daß Sie in dieser Stellung Mir und dem Vaterlande ersprießliche Dienste leisten werden. Ich ernenne Sie daher unter Beförderung zum Wirklichen General-Lieutenant hierdurch zum Kriegs-Minister mit dem etatsmäßigen Einkommen und habe Ihre Ernennung dem Staats-Ministerium bekannt gemacht.

Charlottenburg, den 27. Februar 1850. Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. An den General-Lieutenant v. Stockhausen.

Berlin, den 21. Februar 1850.

An des Königs Majestät.

Ew. Königlichen Majestät erlauben wir uns Folgendes unterthänigst vorzutragen:

Da das Mandat der Mitglieder der ersten Kammer mit dem 26. d. M. abläuft, so scheint es uns erforderlich, sofort Neuwahlen anzuordnen, damit Ew. Majestät jederzeit im Stande sind, die Kammern zu berufen. Diese Neuwahlen sollen nach der Bestimmung des Art. 66. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar d. J. in der durch das Wahlgesetz vom 6. Dezember 1848 vorgeschriebenen Weise stattfinden. Gestützt auf den Art. 11 haben wir unterm 8. Dezbr. 1848 ein Reglement erlassen, welches bei Ausführung der Wahlen im Januar und Februar v. J. zur Anwendung gekommen ist.

Dasselbe steht jedoch, abgesehen davon, daß es bestimmte Wahltermine enthält, und also schon in dieser Beziehung einer Aenderung unterliegen müßte, mit denjenigen Anordnungen nicht überall in Einklang, welche in Bezug auf die Wahlen zur zweiten Kammer getroffen worden sind, und welche, so weit sie eine Bestimmung des Wahlgesetzes vom 6. Dezember 1848 nicht verletzen, auch für dessen Ausführung als maaßgebend zu erklären, zweckmäßig und erforderlich erscheint.

Ew. Königliche Majestät bitten wir daher unterthänigst, durch Allergnädigste Vollziehung des anliegenden Entwurfs einer Ordre, die Ausschreibung der Neuwahlen zur ersten Kammer und den Erlaß eines neuen Reglements zur Ausführung derselben gutheißen zu wollen.

Das Staats-Ministerium.

Ich erkläre Mich auf den Bericht des Staats-Ministeriums vom 21. d. M. damit einverstanden, daß die Neuwahlen für die erste Kammer sofort ausgeschrieben und die zur Ausführung derselben erforderlichen Anordnungen in einem neu zu erlassenden Reglement getroffen werden. Charlottenburg, den 27. Februar 1850.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. von Rabe. Simons.

Hierauf folgt das neue Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes für die erste Kammer vom 28. Februar 1850, unterzeichnet von obengenannten Ministern mit der Maaßgabe, daß anstatt des Kriegsministers von Strotha Unterschrift bereits die des Generals von Stockhausen sich findet.

Berlin, den 1. März. Ihre Majestät die Königin haben die Kantenhändlerin Van der Kelen Bresson zu Brüssel zu Allerhöchstdero Hof-Lieferantin zu ernennen geruht.

Der Herzog v. Melfort, ist von Dresden hier angekommen. — Ihre Durchlaucht die Herzogin von Sagan, ist nach Sagan abgereist.

Deutschland.

⊙ Berlin, den 27. Febr. Der Unterstaatssekretär von Bülow wird in einer außerordentlichen Mission nach Hannover gehen, dort aber nur kurze Zeit verweilen und zu dem Fest am 2. März wieder zurückkehren. Zu diesem Fest haben gegenwärtig schon mehr als 500 der Berliner Wahlmänner für Erfurt unterzeichnet. Wie man hört, werden die Wahlen der Wahlmänner für die erste Kammer am 16. März, die der Abgeordneten am 4. April stattfinden. In Beamtenkreisen spricht man viel von einem Schreiben, das ein hiesiger Staatsmann von einem einflußreichen Mann aus Paris erhalten hat und dessen Inhalt nicht sehr beruhigend lauten soll. Frankreich — heißt es u. a. — findet sich in der Lage, daß es, um sich aus seiner Zerrüttung zu retten, einen auswärtigen Krieg wünschen muß. Die Gefahr droht weniger von Seiten der Demokratie, als sie in der allgemeinen Zerfahrenheit der Verhältnisse und der damit zusammenhängenden Schwäche der Regierung ihren Grund hat. Nur eine Kriegsbegeisterung scheint helfen zu können. Der Schreiber fügte übrigens hinzu, daß in Bezug auf Preußen in Frankreich keine feindliche Stimmung herrsche. Herr v. Radowitz wird nächster Tage hier erwartet.

Berlin den 27. Februar. Die deutsche Reichszeitung läßt sich aus Berlin über den Ministerwechsel in Hessen Folgendes schreiben: „Ueberdies scheint der Plan in Hannover ausgeheckt, wo sich Herr v. Hassenpflug neuerdings aufhielt. Von dort soll man auf den Kurfürsten durch Verheißungen moralisch noch tiefer eingewirkt haben; seine Kinder würden, wenn Gewisses einträfe, Erbfolgerecht erlangen; eine hochstehende Frau dagegen wird von Wien aus mit drastischeren Mitteln beeinflußt. Wie nun auch in diesem letzten Punktum Apokryphisches enthalten sein mag, die erste reife Frucht fällt vom Baum: Hassenpflug wird Minister, vielleicht zu derselben Zeit, da ein preußisches Gericht ihn der National-Kokarde für verlustig erklärt. Und Hr. v. Hassenpflug wird durchgreifen."

— Acht und zwanzig Kammer-Mitglieder haben sich zur Bildung einer Gesellschaft zur Beförderung des Flachs- und Hanfbaues in Preußen vereinigt. Die Forschungen der Commission der zweiten Kammer zur Untersuchung der Noth der Weber und Spinner haben auf den Erfolg hingeführt, welchen eine eben solche Gesellschaft in Irland erreichte. Die Constituirung ist für den nächsten Zusammentritt der Kammern vorbehalten. — Der Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen beabsichtigt durch öffentliche Vorträge das Interesse für sein Fortbestehen zu heben. Je weniger die Wirksamkeit dieses Vereins vom Publikum gekannt und anerkannt war, desto geringer mußte auch die Theilnahme an seinem Gedeihen sein. Vergeblich waren fortwährend Commissionen damit beschäftigt, Vorschläge zu prüfen, die dahin gingen, das Interesse der Einwohner Berlins zu wecken, um mit besserem Erfolge ihr Ziel, „das Wohl der arbeitenden Klassen" zu verfolgen. Mit großem Fleiße wurden die Ergebnisse der Berathungen in den von dem Verein herausgegebenen „Mittheilungen" (Berlin bei Veit u. Comp.) publicirt, um den vielen, mit dem Central-Verein in Verbindung stehenden Vereinen als Anhaltspunkt zu dienen. Gegenwärtig ist eine Commission beschäftigt, über die Errichtung von Zettelbanken zum Besten des kleinen Gewerk- und Handelsstandes Vorschläge zu machen. — Vorgestern fand bei dem Cultusminister Herrn v. Ladenberg eine der glänzendsten Gesellschaften dieser Saison statt. Ihre Königl. Hoheiten die Prinzessin von Preußen, Prinz und Prinzessin Karl, Prinzeß Louise, Prinzeß Charlotte, Prinz Adalbert, Prinz Georg und Se. Hoheit der regierende Herzog von Braunschweig verherrlichten von Anfang bis gegen 2 Uhr das Fest mit ihrer Gegenwart. Ebenso der Fürst von Radziwill, die Minister Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Strotha, v. Rabe, v. d. Heydt, ein großer Theil des diplomatischen Corps, die Präsidenten, so wie mehrere Mitglieder beider Kammern und des deutschen Verwaltungsrathes, der Rektor der Universität u. s. w. Einen besonders erfreulichen Eindruck machte das Erscheinen Alexander v. Humboldt's, dieses ehrwürdigen Fürsten der Wissenschaft. Indeß die jüngeren Gäste sich im großen Saale den Freuden des Tanzes überließen, fand in den anstoßenden Sälen und Zimmern die lebhafteste Unterhaltung statt, und die bekannte Liebenswürdigkeit des Herrn v. Ladenberg und seiner Familie erhöhten überall die belebte und freudige Stimmung. — Der rheinische Kassationshof soll von dem Lagerhause in der Klosterstraße nach dem Kammergerichtsgebäude in der Lindenstraße verlegt und die Vereinigung dieses Gerichtshofes mit dem Ober-Tribunal in Kurzem bewerkstelligt werden. — Der Lokal-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen wird für den Wegfall des Schulgeldes in den Berliner Schulen und zu Gunsten der Freizügigkeit an den geeigneten Orten petitioniren. — Das 7. Infanterie-Regiment steht jetzt in Schleswig und Eckernförde, die erste Compagnie in Cappeln (Exekutions-Commando in Grödersbye). (Const. Z.)

— (Bresl. Ztg.) Graf Arnim hatte, wie wir schon einmal mittheilten, die Ernennung für das Staatenhaus aus dem Grunde abgelehnt, weil es ihm unmöglich sei, ohne confidentielle Mittheilungen über das System, welches die Regierung des Königs in Erfurt zu verfolgen gedenke, zu ermessen, ob er, wie er nur beabsichtige, auch dort die Regierung des Königs unterstützen könne. Neuerdings hat die Regierung nun dem edlen Grafen diese Mittheilungen gemacht und selbige sind der Art gewesen, daß der Graf Arnim dadurch beruhigt und zur Annahme der Ernennung bewogen worden ist. — Das Fußübel des Königs soll nicht so erwünscht in der Heilung fortschreiten, als man anfangs hoffte, und dürfte derselbe daher wohl noch längere Zeit das Zimmer hüten müssen. — Am vorigen Donnerstag wurde hier vom Stab des 14. Regiments ein Ehrengericht über den in Brandenburg stehenden, jenem Regiment angehörenden Lieutenant Valentini, einen Sohn des ehemaligen Generals gleichen Namens, abgehalten. Herr Valentini war angeklagt, das Verdikt der Brandenburger Geschworenen über den dortigen Bürgermeister Ziegler für ungerechtfertigt erklärt und überhaupt mit Ziegler freundschaftlichen Umgang gepflogen zu haben. Das Urtheil lautete mit mehr als zwei Drittel der Stimmen der Ehrenrichter auf Entlassung aus dem Offizierstande. Dem Herrn Valentini ist polizeilich aufgegeben worden, heute die Stadt zu verlassen. — Gestern ist auf der Parade die Mittheilung erfolgt, daß das bekanntlich schon länger erwartete Badische Militair in diesen Tagen hier eintreffen werde. Die Kavallerie wird zwischen hier und Frankfurt a. O., die Infanterie in Pommern nach der Provinz Posen zu, einquartirt werden.

— Nicht blos radikale Blätter, auch andere, conservativen Charakters, haben den Ministerwechsel in Hessen auf eine Weise mit Personen des Preußischen Ministeriums in Verbindung gebracht, die strenge Mißbilligung verdient. — Dem Preußischen Ministerium ist, wie sehr vielen andern, durch die hessische Crisis eine nicht gerade freundliche Ueberraschung zu Theil geworden. Herr v. Hassenpflug hat Berlin verlassen, ohne den Minister des Innern gesehen zu haben.

Berlin, den 27. Febr. Von großer Bedeutung sind folgende Mittheilungen der „Deutschen Reform" über einen Bericht des Herrn v. Usedom in der Kommissions-Sitzung der Ersten Kammer für die Dänischen Angelegenheiten:

Aus den Aktenstücken, welchen die Königl. Regierung den beiden Kammern vor einiger Zeit über den Stand der Schleswig-Holsteinischen Frage vorgelegt hat, ist die damalige Lage des Friedensgeschäfts näher ersichtlich geworden. Die Präliminarien waren schon vorher veröffentlicht. Sie haben die Trennung Schleswigs und Holsteins in politischer Beziehung zur Grundlage, doch soll ein politisches Band mit Dänemark, ein nicht politisches mit Holstein für das Herzogthum Schleswig fortbestehen. Es ist diese Grundlage von vielen Seiten angefochten worden. Man hat gesagt, es sei eine Inkonsequenz, für das bekannte Recht der Herzogthümer auf ungetheiltes Zusammenbleiben Krieg zu führen, und dann einen Frieden vorzubereiten, der ihre Trennung zur Grundlage habe: Preußen, welches die Sache der Herzogthümer vertrete, wolle einen Vertrag eingehen, der sie gerade ihres liebsten, unbestrittensten, heiligsten Rechts beraube. Diese Inkonsequenz ist indessen nur scheinbar. Das Recht auf ungetheiltes Zusammenbleiben mit Holstein hat Schleswig nicht vor dem Versuche Dänemarks geschützt, sich Schleswig inkorporiren zu wollen: er wäre im März 1848 ohne Dazwischenkunft Deutschlands unzweifelhaft zur Ausführung gekommen. Das Recht des Deutschen Holsteins, mit Schleswig zusammenzubleiben, gab aber die staatsrechtliche Handhabe für die Deutsche Dazwischenkunft ab: der Zweck dieser letzteren war doch vornemlich der, die Inkorporirung oder Danisirung Schleswigs zu verhindern. Derselbe Zweck wird nun durch die Bestimmungen der Friedenspräliminarien viel vollständiger, als durch jenes Recht des Zusammenbleibens erreicht: Schleswig erhält eine von Dänemark unabhängige Stellung, mit eigener Legislatur und innerer Verwaltung, steht, nach der diesseitigen Auffassung der Präliminarien wenigstens, nur in Betreff der äußeren Verhältnisse mit Dänemark in einer politischen Verbindung. Inkorporirung und Danisirung sind mithin ausgeschlossen, also dem Deutschen Element der Schutz gewährt, den es von Deutschland verlangen kann.

Es ist nun zwar bekannt, daß die Präliminarien gerade in den Herzogthümern keinen Beifall gefunden haben; aber die obigen Beweggründe haben ungeachtet die Königl. Regierung veranlaßt, die einmal gewonnene Grundlage nicht wieder aufzugeben. Denn der Drang der Herzogthümer auf ihr Zusammenbleiben hat eine sehr zweischneidige Natur. Im Jahre 1848 hielt die Deutsche Partei in den Herzogthümern und anderwärts aufs Aeußerste daran fest, weil sie glaubte, der Gang der damaligen Zeit würde das mit Holstein verbundene Schleswig nach der Deutschen Seite hinüberziehen: jetzt im Jahre 1850 dringt auch die antideutsche Meinung in den Herzogthümern und anderwärts eben so stürmisch auf das Zusammenbleiben, weil sie hofft, der Gang der Gegenwart werde das mit Schleswig verbundene Holstein von Deutschland ab nach der Dänischen Seite hinüberdrängen. Soviel über das Prinzip der Präliminarien.

Am 17. Januar, gerade 6 Monate nach Vollzug des Waffenstillstandes, haben nun die Dänischen Bevollmächtigten in Berlin Propositionen vorgelegt, welche zunächst die Ausführung des Art. 1. der Präliminarien betreffen, nämlich die Herstellung einer abgesonderten Verfassung von Schleswig. Vier Wochen darauf wurden von Preußischer Seite Gegenpropositionen gemacht. Welcher Art dieselben sind, kann freilich zur Zeit nicht näher dargelegt werden, doch wird man sich eine Vorstellung davon machen können, wenn man den Artikel des Staats-Anzeigers vom 20. Juli einsieht, in welchem die Präliminarien nach Preußischer Auffassung erläutert werden. Daß die Dänischen Propositionen mit dieser Auffassung übereinstimmten, kann zwar nicht behauptet werden. Ein prinzipieller Widerstreit findet indeß nicht Statt. Beide Theile erkennen an, daß ein Mittleres zwischen zwei Extremen gefunden werden müsse: zwischen der reinen Inkorporation auf der einen, der reinen Personalunion auf der anderen Seite. Handelt es sich ausschließlich entweder um das eine oder um das andere dieser Extreme, so wäre wohl nie eine Verständigung möglich. Aber es soll ja nur ein Mittellinie gefunden werden, und es handelt sich auch nur um ein Minder oder Mehr. Daß diese Linie in den Dänischen Propositionen sich mehr auf die Seite der Inkorporation, in der Preußischen mehr auf die der Personalunion neigt, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Die Königl. Regierung ist der Ansicht, daß zwei Länder so verschiedener Natur, wie Dänemark und Schleswig, in besserem Einverständniß leben werden, wenn sie in ihren wichtigeren Verhältnissen von einander geschieden, die Punkte der Berührung, welche Punkte des Haders abgeben, vermindert werden. Schafft man auf diese Weise Ruhe zwischen Dänemark und Schleswig, so sichert man zugleich auch Deutschlands Frieden, weil das Deutsche Gefühl

dann nicht mehr Ursach hat, dem Deutschen Element in Schleswig zu Hülfe zu eilen.

Man hat gefragt, ob ein baldiger Abschluß des Friedens zu erwarten sei? Diese Frage könnte vielleicht bejaht werden, wenn man, wie begonnen wurde, einfach auf der Basis der Präliminarien weiter vorgeht und keine Dinge in die Unterhandlung mischt, welche dieselbe in eine zu große Allgemeinheit, auf ein zu weites Ziel hintreiben. Aus diesem Grunde wurde die von Sr. Majestät dem Könige von Dänemark beabsichtigte Regulirung der Successionsfrage, wo dieselbe zweifelhaft ist, in den Präliminarien ausdrücklich bis nach dem Frieden verschoben. An den guten Dispositionen der beiden Gouvernements für den Frieden ist wohl nicht zu zweifeln. Man könnte noch Jahre lang Krieg führen, ohne eine wirkliche Entscheidung zu erreichen. Dänemark könnte den Deutschen Handel beeinträchtigen, Deutschland Alsen nehmen oder Jütland brandschatzen — Alles das würde nicht entscheiden; beide Theile hätten nur den Schaden, keiner den Vortheil eines Krieges. Daß Dänemark den Frieden nicht wolle, kann wenigstens nach den vorliegenden Thatsachen nicht behauptet werden. Man hat von Kopenhagen Friedens-Unterhändler hierher gesandt, die zu den einsichtigsten und gemäßigtsten Staatsmännern des Landes gehören. Auch in den Geld-Liquidationen oder anderen geschäftlichen Abwickelungen, die in Folge des letzten Krieges stattgefunden, hat sich das Dänische Gouvernement bisher nur in entgegenkommender Weise bethätigt. Ein gleiches Entgegenkommen ist hierin, wie sich versteht, auch von Preußischer Seite beobachtet worden.

Indessen reicht dies Alles noch nicht hin, um einen baldigen Friedensabschluß zu verbürgen. Man hat es in unseren Tagen nicht mehr allein mit den Dispositionen der Cabinette zu thun, wir leben vielmehr in Zeiten der Popularpolitik. Die Gefühle und Leidenschaften, Liebe und Haß der Nationen machen sich in der Politik der Gegenwart oft übermächtig geltend. In Dänemark, wie in den Herzogthümern, sind äußerst freisinnige Verfassungen eingeführt, und das Wahlrecht erlaubt der populairen Stimmung, bis in die höchsten Regionen der Politik hinauf zu wirken. Niemand kann es berechnen, ob nicht diese Popularmacht, sei es in Dänemark, sei es in den Herzogthümern Ereignisse hervorrufen kann, welche einem Friedensabschlusse hemmend in den Weg treten oder gar eine Erneuerung der Feindseligkeiten zur Folge haben. In dieser Beziehung kann also auch keinerlei Bürgschaft für mögliche Fälle übernommen werden.

Hiermit hängt die andere Frage über die Dauer des Waffenstillstandes und ob für dessen Verlängerung gesorgt worden, genau zusammen. Es ist bekannt, daß in der Waffenstillstands-Convention vom 10. Juli v. J. für Schleswig eine „Landesverwaltung" niedergesetzt ist, die das Land bis zum Frieden administriren soll: sie besteht aus einem Dänischen und einem Preußischen Commissar, so wie aus einem englischen Schiedsmann. Diese Behörde hat indessen im Süden von Schleswig, wo die Bevölkerung deutsch ist, niemals Autorität gewinnen können. Die Regierungs-Akte, die sie vornimmt, werden von der dortigen Bevölkerung als eben so viele Eingriffe in das Recht des Landes, welches vereint mit Holstein von der dortigen Statthalterschaft regiert werden sollte, betrachtet. Dieser Widerstand besteht nicht in Emeuten und Excessen, sondern ist so tiefgehender Art, daß die vorhandenen Mittel sich unwirksam dagegen erwiesen haben. Er würde nur durch Anwendung von Waffengewalt überwunden werden, und diese ist nach den zwischen Dänemark und Preußen getroffenen Verabredungen auf Seiten der in Schleswig stehenden Preußischen Truppen zur Durchführung des Waffenstillstandes ausdrücklich ausgeschlossen worden. Wie man auch die Motive und Veranlassungen dieses Widerstandes ansehen mag, so bleibt der Zustand selbst, der hierdurch herbeigeführt worden, außerordentlich zu beklagen. Er ist zu beklagen im eigenen Interesse der Herzogthümer, aus dem Grunde, weil daraus eine Erneuerung der Feindseligkeiten, wenigstens zwischen Dänemark und den Herzogthümern, hervorgehen kann. In dieser Hinsicht darf man gerechte Besorgnisse hegen, und es kann deshalb die Versicherung gegeben werden, daß die Königliche Regierung ihr Aeußerstes aufbieten wird, um einen Zusammenstoß zu verhindern. Doch sind die Mittel, wie schon gesagt, beschränkt.

Man hat wohl bemerkt, in Schleswig herrsche Anarchie, es sei ein dauernd revolutionairer Aufstand, den Preußische Truppen in derselben Weise, wie in Sachsen und Baden, wenn man nur wollte, unterdrücken könnten. So leichten Kaufs kommt man indeß bei der Beurtheilung der Zustände in den Herzogthümern nicht ab. Was man gewöhnlich „die Revolution" nennt, die landläufige Revolution, das blinde Auflehnen gegen jede, namentlich monarchische Autorität, diese Revolution wird man in den Herzogthümern in der That nicht finden. In Schleswig-Holstein, so weit es deutsch ist, wohnt ein kluger, besonnener, in jeder Weise tüchtiger Volksstamm, ganz norddeutscher Natur. Wohl herrscht zwischen ihm und dem Dänischen Stamm ein großer, zu verschiedenen Zeiten ihrer Geschichte sehr mächtig aufflammender Haß. Aber er richtet sich gegen die Dänische Nationalität und Dänische Herrschaft, gegen das monarchische Princip oder die Person des Landesherrn richtet er sich bis jetzt noch nicht. Der Schleswig-Holsteiner hält, was er für sein gutes Recht ansieht, mit außerordentlicher Zähigkeit fest, er vertheidigt seine „fueros" nicht sowohl mit demokratischem Feuer, als mit aristokratischem Starrsinn. Diese Eigenschaft kann übertrieben werden, sie kann unter Umständen, wo Einlenken nothwendig wäre, gerade die Landesinteressen, welche sie schützen will, ins offene Verderben bringen; aber in die Kategorie der gemeinen Revolution darf der gewissenhafte Beobachter eine solche Bewegung nicht setzen. Jene gemeine, staatenvernichtende Demokratie wird die Preußische Politik, wie die Preußische Armee hoffentlich überall niederzuschlagen wissen.

Es ist gefragt, welche Mittel die Regierung angewandt habe, um die Verlängerung des Waffenstillstandes auf einen längeren Termin, als die sechswöchentliche Kündigung darbiet, zu bewirken? Hierauf ist zu erwidern, daß Lord Palmerston, als Minister der vermittelnden Macht, vor Kurzem in Kopenhagen eine Waffenstillstandsverlängerung auf sechs Monate in Vorschlag gebracht hat. Die Dänische Regierung hat jedoch hierbei zur Bedingung gestellt, daß der Waffenstillstand alsdann auch in Schleswig vollkommen durchgeführt und diese Ausführung von verschiedenen Seiten garantirt werde. Diese Bedingungen sind jedoch aus bereits oben entwickelten Gründen von Seiten der Königlichen Regierung nicht anzunehmen gewesen, weil man das Versprechen der Durchführung nicht hätte halten können. Wer die Verhältnisse nur richtig sehen will, kann hieraus allein ermessen, daß die Unmöglichkeit, den Waffenstillstand auf gewaltsame Weise, wie gewünscht wird, durchzuführen, für Preußen eine reelle, keine blos vorgeschützte ist. Ohne Zweifel leidet bei der blos sechswöchentlichen Kündigungsfrist der baltische Handel in hohem Grade, weil die Bestellungen dadurch unsicher gemacht werden. Hätte also die Königliche Regierung den betreffenden Landestheilen jenen Schaden durch Eingehung der Dänischen Bedingungen ersparen können, so würde sie es ohne allen Zweifel gethan haben: daß sie es unterließ, beweist eben, daß sie es nicht konnte. Man wolle doch nicht verkennen, wie der Königlichen Regierung gerade in diesem Punkte wenig Hülfsmittel zu Gebote stehen. Daß man Dänemark mit Erneuerung des Krieges bedrohe, das werden die Freunde der Waffenruhe gewiß nicht wünschen wollen. Andererseits finden sich keine Concessionen unsererseits, welche Dänemark für die Verlängerung entschädigen könnten, wenn man nicht etwa die Negotiationsmittel für den Frieden vorweg verschwenden will. Nichtsdestoweniger ist die Preußische Regierung, wenn wir recht unterrichtet sind, unausgesetzt und eifrig bemüht, in geeigneter Weise eine formelle Verlängerung des Waffenstillstandes so schnell als möglich herbeizuführen, um den diesseitigen Handels- und Rhederei-Interessen, wenigstens für die Dauer des Sommers, diejenige Sicherheit zu gewähren, deren sie ohne empfindliche Nachtheile nicht wohl entbehren können.

Dies sind die wesentlichsten Punkte, über welche die Commission der hohen Kammer Aufklärung gewünscht hat. Eine Berathung darüber in der Kammer selbst herbeizuführen, scheint kaum räthlich zu sein: es gilt in diesem Augenblick zu beschwichtigen, nicht aufzuregen. Die Diskussion möchte von mancher Seite des Hauses, sei es gegen Dänemark, sei es gegen die Herzogthümer, nicht mit der Zurückhaltung geführt werden, die im Interesse des Friedens zu wünschen ist.

In Uebereinstimmung dieser vom Regierungscommissar geäußerten Ansicht beschloß alsdann die Commission, von einer weiteren Erörterung des Gegenstandes vor der Kammer Abstand zu nehmen.

Danzig den 23. Februar. (Berl. Nachr.) Von der Oberweichsel sind bis jetzt noch keine, sonderliche Besorgnisse erweckenden Nachrichten hier eingegangen. Außer den Ueberschwemmungen, welche die alte Radaune dadurch verursacht hat, daß sie den Damm bei dem Dorfe Nobel durchbrochen und dadurch die Ohra-Wiesen und das Vorwerk Krams gänzlich unter Wasser gesetzt hat, hört man nur noch von den durch die Kladau und Mottlau verursachten Ueberschwemmungen, welche sich über die Feldmarken von Herrengrebbin, Rostau, Mönchengrebbin und einigen anderen Ortschaften ausgebreitet haben, durch die aber wenig Schaden verursacht worden ist. Indeß sind uns aus dem Königreiche Polen die neuesten Nachrichten über den Wasserstand der Weichsel noch nicht zugegangen, und es ist demnach noch zweifelhaft, ob alle Gefahr für die Weichselniederung und die Werder bereits vorüber, oder ob solche noch zu erwarten ist. Fast scheint das letztere noch der Fall zu sein, wenigstens nach der Ansicht der Behörden. Denn bereits vor einigen Tagen ist der hiesige Regierungs-Baurath Spittel nach Marienburg, dem bedrohtesten Punkte, abgegangen, um in Gemeinschaft mit dem dortigen Ober-Bau-Inspektor Alles zur Abwendung eines etwaigen Dammbruchs und der dann sehr groß werdenden Noth des Werders vorzubereiten. Ebenso sind auch gestern und vorgestern Detaschements von der hier garnisonirenden Pionier-Abtheilung nach verschiedenen Punkten der Weichsel abgegangen, um etwaige Eisstopfungen im Strome zu sprengen.

Stettin, den 26. Febr. (Ostsee-Ztg.) Ungeachtet der Wind ganz südlich gegangen, ist das Wasser der Oder nicht gefallen und hält sich genau auf der gestern angegebenen Höhe von 6' 4".

Greifswald, den 22. Febr. Wie wir erfahren, hat der hiesige Königliche Appellhof die zweite Eingabe des Rechtsanwalts Dr. Anderssen für seinen Klienten, Präsidenten Hassenpflug, eben so wenig begründet erachtet, als dessen erste Beschwerdeschrift und ist einfach dem Beschlusse des Kreisgerichts, betreffend die Versetzung Herrn Hassenpflug's in Anklagezustand, beigetreten. Auch hat derselbe Gerichtshof, wie uns mitgetheilt wird, jetzt die öffentliche Verhandlung gegen den der Unterschlagung fiskalischer Baugelder bezüchtigten Chef der Neuvorpommerschen Justiz auf den 20. März d. J. definitiv festgesetzt. Am heutigen Tage soll dem Angeklagten die Vorladung insinuirt worden sein. Dieser ist, wie wir hören, gesonnen, auf 6 Wochen zu verreisen und von der zuchtpolizeilichen Abtheilung des Kreisgerichts in contumaciam über sich aburtheilen zu lassen. (Ostſ.-Z.) (Der „Korrespondent" wußte wohl damals noch nicht, daß Hr. Hassenpflug inzwischen Ministerpräsident in Kassel geworden, indessen wird die vorstehende Mittheilung als Beitrag zur Beantwortung Kurhessischer Anfragen dienen, wie wir deren gestern eine erwähnt haben.)

Erfurt, den 21. Februar. Die Mitglieder des Bundesschiedsgerichs sind nach längerer Abwesenheit wieder hier angelangt, um ihre Arbeiten im Regierungsgebäude bis zur Ankunft des Verwaltungsrathes wieder aufzunehmen. Auch das Sächsische Mitglied dieses Gerichtshofes, Geh. Rath Günther, ist wieder hier angelangt; hingegen fehlt das Hannoversche Mitglied, Stadtrath Franke. Der erste Gegenstand der Verhandlung soll die Mecklenburgische Verfassungsfrage sein. — Die Generalpostinspektoren Philippsborn und Pieck, welche behufs der Vornahme von kleinen Reformen im Postwesen die östlichen und westlichen Provinzen bereisen, sind gegenwärtig hier.

Kiel, den 25. Februar. Der Departementschef v. Harbou ist wieder von Berlin zurückgekehrt. Dagegen befinden sich noch mehrere angesehene Männer des Landes, namentlich der Graf Moltke-Grünholz, in Berlin, um im öffentlichen Interesse wirksam zu sein — Es wird jetzt von der Statthalterschaft beabsichtigt, eine Kriegs-Denkmünze für diejenigen zu stiften, welche die Feldzüge von 1848 und 1849 mitgemacht haben.

Hannover, den 25. Februar. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf v. Bennigsen, ist am vergangenen Sonnabend Abends plötzlich verreist, wie es heißt, nach Kassel.

Braunschweig, den 21. Februar. Seitdem die Wahlen für den Reichstag bei uns beendet sind, hat große Stille in unserem politischen Leben geherrscht. Auch die offizielle Bekanntmachung unserer Regierung, daß der Reichstag am 20. März zusammentreten werde, hat wenig Sensation gemacht, besonders da die Aufforderung zur Vornahme der betreffenden Wahl für das Staatenhaus noch nicht an den Landtag gelangt ist. — Se. Hoh. der Herzog Wilhelm befindet sich schon seit mehreren Wochen in Berlin; heute ist auch der Staatsminister, v. Schleinitz, dahin abgereist. — Seit einigen Tagen hält sich hier ein Agent des Londoner Blattes, the Sun, auf, der auf Veranlassung eines Prozesses, welchen den Herzog Karl gegen diese Zeitung eingeleitet hat, beglaubigte Nachrichten über das frühere Verhalten des Herzogs Karl zu sammeln bemüht ist.

München den 22. Februar. Durch Ministerialerlaß wurden die Polizeibehörden aufgefordert, Acht zu geben, ob nicht die sogenannten Rongianischen Prediger in einem engen Verhältnisse zu den revolutionairen Propagandisten stehen. Diese Prediger dürfen fortan in jenen Orten, wo keine freie Gemeinde besteht, keine Vorträge z. B. im Wirthshaus mehr halten. Als Motiv ist angegeben, daß dergleichen Vorträge nur stattfänden, um Proselyten zu machen, die Geistlichkeit und die bestehenden kirchlichen Gebräuche zu verunglimpfen. Jede freie Gemeinde muß sich förmlich constituiren und von ihrer Constituirung der Polizeibehörde Anzeige erstatten. (A. Abdztg.)

Oesterreich.

Wien den 25. Februar. Der heutige Lloyd meldet: „Eine uns gestern Nachmittags um halb fünf Uhr zugekommene telegraphische Depesche aus Triest meldet, daß die Inseln Cervi und Sapienza laut Berichten aus Athen vom 14. Februar bis dahin von den Engländern nicht besetzt waren und auch nicht besetzt werden sollten. In der Umgegend von Patras nahm die Zahl der Räuberbanden auf eine bedrohliche Weise zu. Die K. K. österreichische Kriegsgoelette „Sfinge" ist zum Schutze des österreichischen Handels von Triest nach Patras abgegangen. — Der F.-M. Fürst Windischgrätz soll bei der heutigen allgemeinen Audienz, welche Se. Majestät der Kaiser ertheilte, unter 70—80 anderen Bittstellern gesehen worden sein. — Man vernimmt, daß viele Mitglieder der hohen ungarischen Aristokratie im nächsten Frühjahr nicht nur Wien, sondern auch die Monarchie verlassen und sich für längere Zeit im Auslande niederlassen wollen. Einige derselben haben bereits diesen Vorsatz ausgeführt. — Die neue Gerichtsorganisation hat einen erstaunlichen Mangel an tauglichen Justizbeamten herbeigeführt. — Unter den Zipser Bauern zeigt sich ein bedauerlicher Geist des Widerstandes. Die Bewohner von Magura widersetzen sich den Befehlen ihrer Beamten und weigern sich, den Schaden zu ersetzen, den sie im vorigen Jahre in den herrschaftlichen Wäldern und auf den Wiesen anrichteten. In Sergos, dessen Bewohner sich durch Verwüstungen am meisten hervorthaten, ward gar eine Militair-Requisition nothwendig, welche jedoch, durch die Insulten der jüngeren Bauern, die durch benachbarte Dörfer unterstützt wurden, nicht genügte, die Ruhe herzustellen, und zurückkehren mußte, um Verstärkung zu holen.

Schweiz.

Basel, den 23. Februar. (Baſ. Ztg.) So eben geht uns die Nachricht zu, daß die Abgeordneten der Deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz, welche am 20. d. M. in Murten zur Abhaltung eines Congresses zusammenkamen, dort sofort verhaftet wurden. Diese Maaßregel ist um so unerklärlicher, als dieser Congreß kein politischer sein, sondern blos die Regelung von Vereins-Angelegenheiten zum Zwecke haben sollte.

— Die Gährung in Freiburg dauert fort. Die Thore der Stadt werden frühzeitig geschlossen und mit verdoppelten Wachen besetzt.

Zürich, den 24. Febr. Nach dem gestern in der hiesigen radikalen National-Zeitung veröffentlichten Invasionsprojekt will General Schönhals über St. Gallen, Olten und Zürich zugleich nach Luzern vordringen, wo die Fahne des Sonderbundes wieder aufgesteckt wird, während Graubünden und Tessin durch die Oesterreicher abgeschnitten, Neuenburg und Genf von Frankreich besetzt werden (und zwar laut Uebereinkunft vom 30. Januar). Letzteres hat sich auch zur Aufstellung zweier Observations-Corps an der Rhone und am Rhein verpflichtet, während Sardinien die südwestlichen Eingänge der Schweiz verschließen soll. Kurz vor dem Angriff, der von den Preußen gemacht und durch die Demonstrationen der Franzosen und Oesterreicher gedeckt wird, werden die Grenzen der Schweiz militairisch gesperrt, die diplomatischen Unterhandlungen dauern fort bis zum Augenblick des Einmarsches, Volk und Regierungen werden so viel als möglich hingehalten und über ihre wahre Lage getäuscht. Das Ultimatum wird erst vor dem Einmarsch gegeben, mit welchem zugleich die Restauration der 1815ner Verfassung proklamirt wird. Die gutgesinnten Kantone dürfen vor der Hand kein Mißtrauen erregen u. s. w.*) (Berl. N.)

Frankreich.

Paris, den 16. Febr. **) Die heutige Sitzung der National-Versammlung beginnt mit einer Antwort Morelet's, eines der Urheber des Antrages auf Begünstigung der Arbeiter-Associationen bei der Concession von Staatsbauten, auf die gestrige Rede Leon Faucher's. Morelet nimmt die Arbeiter-Associationen gegen die Vorwürfe der Unfähigkeit, des bisherigen schlechten Erfolges u. s. w. in Schutz und sucht die Gerechtigkeit seiner Forderung nachzuweisen, daß der Staat das Seinige dazu beitrage, um die vielen, große Gewinnste an sich ziehenden Zwischen-Unternehmer zwischen dem Staat und den Arbeitern zu beseitigen. Bineau, Minister der öffentlichen Bauten, bekämpft zugleich den socialistischen Antrag und das Gutachten des Berichterstattungs-Ausschusses, das einige Zugeständnisse zu Gunsten der Arbeiter-Associationen vorschlägt. Er hält das von Cavaignac am 15. Juli 1848 erlassene Gesetz über die Concession von Staatsbauten an Arbeiter-Associationen für hinreichend, um die Versuche mit denselben fortzusetzen, die bisher nur mittelmäßige Resultate geliefert haben, und die vorgeschlagenen weiteren Zugeständnisse für nutzlos und gefährlich. Die namentliche Abstimmung über Zulassung ergiebt 308 Stimmen dafür, 299 dagegen. Pascal Duprat hat hierauf das Wort für eine Interpellation ans Ministerium: „Ein Decret der Executiv-Gewalt, das die militairische Hierarchie verletzt und große Theile von Frankreich dem Commando einzelner Generale unterwirft, ist im „Moniteur" erschienen und hat die öffentliche Meinung tief beunruhigt. Es handelt sich hier um keine Parteifrage, sondern um eine Frage, die, weil sie unsere Institutionen berührt, Allen angehört, die Frankreich nicht noch einmal dem Zufall der Revolutionen überliefern wollen." (Bewegung in der Versammlung.) Der Redner geht nun auf die Rechtsfrage ein und sucht nachzuweisen, daß die neue Militair-Eintheilung Frankreichs nicht ohne ein Gesetz der National-Versammlung habe vorgenommen werden können. „Was kann die Absicht der Central-Gewalt bei Errichtung der außerordentlichen Militair-Commando's sein? Hat eine neue Republik im Osten die Fahne erhoben? Ist im Süden ein orleanistischer Aufstand ausgebrochen? Hat man im Westen wieder die weiße Fahne aufgepflanzt? Nichts von alledem ist der Fall, und Sie werden (zu den Ministern gewandt) auch aus Achtung vor dem Lande, vor den Departements, vor deren Repräsentanten, die hier sitzen, aus Patriotismus vor den Augen Europa's, nicht behaupten, daß der Ausbruch eines Bürgerkrieges zu befürchten ist. Die Motive der Executiv-Gewalt müssen anderswo gelegen haben. Wenn eine Gewalt, durch eine gesetzgebende Gewalt beengt, den Plan verfolgte, sich auszudehnen, so würde sie nicht anders handeln, als der Präsident der Republik: sie würde auch die Geistlichkeit, wie durch das Unterrichts-Gesetz und die römische Expedition, die alte und die junge Armee, wie durch die Unterstützungs-Anerbietungen an die Soldaten des Kaiserreichs und durch das Vier-

*) Die ganze Nachricht ist natürlich sehr apokryphisch.

**) Wir geben nachträglich diese Verhandlung, welche wegen mangelnden Raums nicht ausführlich aufgenommen werden konnte, weil dieselbe einen Blick in die zwischen einem großen Theil der Nationalversammlung und der Executivgewalt herrschende Mißstimmung gewährt und die (socialen) Arbeiter-Verhältnisse nahe berührt.

Sous-Gesetz für die Unteroffiziere, die Arbeiter, wie durch das vielversprechende Pensionskassen-Projekt der Regierung, kurz, alle einflußreichen und bedeutenden Elemente der Gesellschaft auf ihre Seite zu bringen suchen; sie würde dann sich daran machen, die gesetzgebende Versammlung in den Augen des Volkes durch Angriffe in der Presse, wie es in dem „Napoleon“ geschehen ist, zu vernichten und dann zu einer furchtbaren Militair-Organisation schreiten, die ganz Frankreich umstrickt und es in Einem Tage in Belagerungszustand zu versetzen gestattet. Hat dies nicht Alles der Präsident der Republik gethan? Hat nicht ein Journal, der „Napoleon,“ der unter der unmittelbaren Leitung desselben steht, die gehässigsten Anschuldigungen gegen die National-Versammlung geschleudert? Hat dieses Journal nicht geradezu erklärt, es hänge nur von der republikanischen Partei ab, ob der Präsident der Republik zwischen der Rolle Washington's oder des Kaisers Napoleon wählen werde? (Unterbrechung links: Oder der Rolle Soulouque's.“ Der Präsident [Daru] tadelt diese Beleidigung gegen die Exekutiv-Gewalt.) Pascal Duprat fordert zum Schlusse die Majorität der Versammlung auf, die bestehenden Institutionen des Landes gegen verbrecherische Pläne zu vertheidigen. Auf die Reclamationen vieler Mitglieder der Rechten und die Zurechtweisung des Vorsitzenden nimmt der Redner diesen Ausdruck zurück. Nachdem Berryer den Bericht des Ausschusses der Finanzen über die Staats-Ausgaben für 1850 auf den Tisch des Präsidenten niedergelegt hat, beantwortet der Kriegs-Minister d'Hautpoul die Rede Pascal Duprat's: „Mein Vorgänger auf dieser Tribüne hat das Wort mißbraucht, um den Präsidenten der Republik auf die sonderbarste Weise anzuschuldigen. Es kommt einem Mitgliede der National-Versammlung nicht zu, die wahren oder vermeintlichen Handlungen des Präsidenten der Republik, der, wie die Versammlung, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen ist, durchzumustern. Ich beschränke mich daher darauf, die Gesetzlichkeit und die Nothwendigkeit der in Rede stehenden Maaßregel nachzuweisen.“ In ersterer Hinsicht beruft der Minister sich auf ähnliche, durch Ordonnanzen geregelte Maaßregeln der Restauration. In letzterer Hinsicht beruft er sich auf die von den Departements aus drohenden Gefahren in Folge der Umtriebe der Demagogie, und giebt die Versicherung, daß die Regierung nichts Anderes wolle, als die Versammlung, nämlich die Aufrechthaltung der Verfassung, des Gesetzes, der öffentlichen Ordnung und der allgemeinen Sicherheit. Zuletzt ruft er, zur Linken gewandt, aus: „Wir sind bereit. Ihr könnt jetzt anfangen, wenn Ihr wollt!“ was einen heftigen Sturm auf den Bänken der Linken und eine Zurechtweisung des Vorsitzenden hervorruft, der nicht zugeben will, daß man zu irgend einer Partei so viel sage, als: „Wenn Ihr in die Straßen kommen wollt, so werden wir uns treffen!“ d'Hautpoul erklärt, er habe die Aufrührer vom 15. Mai und 24. Juni 1848 und vom 13. Juni 1849 bezeichnen wollen. Mehrere Montagnards stürzen nach der Tribüne, um über die Herausforderung des Kriegs-Ministers das Wort zu ergreifen; allein der General Fabvier läßt sich das Wort, das ihm zusteht, nicht nehmen und hält einen langen, ruhigen, größtentheils gar nicht zur Sache gehörigen Vortrag, der die Aufregung der Gemüther allmählig beschwichtigt. Er erklärt, daß der Eid des Präsidenten auf die Verfassung, der dessen Ehre binde, ihm genüge, da ein Meineid nicht eine Stufe zum Throne sein könne. Er ermahnt dann zur Eintracht um so mehr, da Frankreich seiner Ueberzeugung nach bald genöthigt sein werde, sich zu vertheidigen. Die Versammlung, die ihn nur mit Ungeduld und Zerstreutheit anhört, eilt zur namentlichen Abstimmung über die einfache Tagesordnung, die mit 337 gegen 183 Stimmen angenommen wird, wodurch eine motivirte Tagesordnung, vorgeschlagen von einem Mitgliede der Linken, worin bloß die Erklärungen des Kriegs-Ministers in Betreff der Aufrechterhaltung der Verfassung constatirt werden, beseitigt ist. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Paris, den 24. Februar. Man lies't im „Courrier Français“: Der heutige Tag ist in der tiefsten Ruhe vorübergegangen. Das von den Führern gegebene Losungswort ist also getreu befolgt worden. Um 10 Uhr Vormittags schritten etwa 40 Nationalgardisten in Procession aus der Mairie des 5. Bezirks; sie trugen eine ungeheure Immortellenkrone und zogen, von einigen Kindern begleitet, unter Vivatrufen für die Republik umher. Ueberall sonst, namentlich auf den Boulevards und den elysäischen Feldern, genießen Massen von Spaziergängern das herrliche Wetter in völligster Unbekümmertheit und ohne die mindeste politische Aufregung. In den Casernen herrschte seit 7 Uhr Morgens die größte Thätigkeit. Jeder Oberst hielt im Innern der Höfe über sein Regiment Heerschau. Die Behörde hat nicht für nöthig erachtet, die Truppen zu consigniren; nirgends hat sich das mindeste Anzeichen von Agitation kund gegeben, und unsere Soldaten spazieren wie an gewöhnlichen Tagen in den Straßen umher. Die Behörde wacht übrigens, und energische Maßregeln sind getroffen, um augenblicklich jede Unordnung zu ersticken.

Ein anderer Bericht sagt: Heute Vormittags wurde in der Madelaine-Kirche, wo der Präsident der Republik und die höchsten Behörden anwesend waren, und in allen übrigen Kirchen der Trauergottesdienst für die Opfer der Februar-Revolution abgehalten; Pikete der Nationalgarde von je 50 Mann waren kommandirt worden, in jeder Pfarrkirche dem Gottesdienste beizuwohnen. Fast alle Kirchen waren sehr zahlreich besucht. Die „Estafette“ tadelt, daß bei dieser kirchlich-patriotischen Gedenkfeier die Musik gar keine patriotischen Melodieen gespielt habe. Außer den Seelenmessen und dem Te Deum in den Kirchen war bekanntlich von keiner Seite eine weitere Feier des zweiten Jahrestages der Februar Revolution vorbereitet, und bis jetzt (Mittags 1 Uhr) scheint es auch nicht, als ob die mindeste lärmende oder gar ruhestörende Kundgebung den Tag oder den Abend bezeichnen würde. Obgleich das milde Frühlingswetter heute eine Menge von Spaziergängern auf die Boulevards und öffentlichen Plätze gelockt hat, so herrscht doch überall die vollkommenste Ordnung und Ruhe. Alle heute Morgen erschienenen demokratischen Journale rathen dem Volke ab, sich an einer Demonstration zu betheiligen, die vorgeblich bei der Bastille Statt finden solle; man darf erwarten, daß dieser Rath Gehör finden und kein Exceß vorfallen wird. — Der „Napoleon“ enthält die nachstehende nicht unwichtige Erklärung: „Da Preußen es für nöthig erachtet hat, seine Armee auf den Kriegsfuß zu setzen, so hat die Französische Regierung beschlossen, die Besatzungen des Ostens zu verstärken. Diese Vorsichtsmaßregel braucht in keiner Weise die öffentliche Meinung zu beunruhigen; sie beweis't bloß dem Lande den festen Entschluß der Regierung, den Namen Frankreichs im Auslande geachtet zu machen.“ Zugleich enthält der „Napoleon“ die nachstehende kurze Correspondenz aus London, aus deren Erscheinen in dem besonderen Organ des Elysée man wohl nicht ganz ohne Grund folgern darf, daß das Einvernehmen mit dem Berliner Hof etwas gelitten hat: „Die Preußen haben die Badische Fahne durch die ihrige ersetzen lassen. Die Bauern erschraken, als sie diese gelb (sic) und schwarze Fahne sahen; sie glaubten im ersten Augenblicke, daß die Cholera oder die Pest über ihr Land gekommen sei.“ — General Castellane traf am 21. zu Bordeaux ein, wo er mit den üblichen militärischen Ehrenbezeugungen empfangen wurde.

— Wir haben noch den Bericht über die letzte Stunde der gestrigen Sitzung der National-Versammlung nachzutragen, die bis 8 Uhr dauerte. Thiers suchte seine von J. Favre heftig angegriffenen Ausdrücke über die Februar-Revolution durch seine persönliche Stellung zur gefallenen Monarchie zu erklären, protestirt übrigens gegen den Vorwurf, daß er dieselbe in den Februartagen habe retten können, da ihm die Macht dazu gefehlt habe, was erst mit der Zeit in allen seinen Einzelheiten enthüllt und bewiesen werden könne. Thiers giebt in seinem und seiner Freunde Namen die Versicherung, daß sie niemals die bestehende Verfassung umzustürzen trachten werden. Lamartine ergreift unter allgemeiner Aufmerksamkeit das Wort: „Ich stoße nicht im Namen der Republik die Versicherung des Hrn. Thiers zurück; allein ich bedauere, daß man heute wieder die Witzeleien ohne Gefahr wie ohne Antwort, die wir alle Tage hören müssen, gegen die Republik richten zu müssen geglaubt hat. Die Republik ist stark genug, die Demokratie hat Zukunft genug, wenn sie nicht Gegenwart genug hat, um alle diese Witzeleien zu verachten. (Beifall links.) Mit Witzeleien stürzt man keine Regierung und stellt keine gestürzte wieder her. Leute von Geist können Witzeleien machen, allein Revolutionen macht das Volk. Ich antworte daher nicht weiter auf diese Art von Angriffen. Allein ich würde mich selbst als den nichtswürdigsten der Menschen betrachten, wenn ich, nachdem ich die nichtgesuchte, gefahrvolle Ehre gehabt habe, auf der Bresche der Französischen Gesellschaft selbst zu stehen, die von anderen Händen umgeworfen worden war, ohne Protestation die Bezeichnung „Verderblich“ auf jene ruhmvollen Tage der Februar-Revolution anwenden ließe, aus denen die demokraiische Republik hervorgegangen ist. (Donnernder Beifall links Eine Stimme rechts: „Diese Tage sind die schimpflichsten in der Geschichte Frankreichs!“ Wüthender Tumult links.) Ich darf wohl diese Tage ruhmvoll nennen und glaube, daß Herr Thiers selbst mir darin nicht widersprechen wird: denn das Volk hat den Tag nach seinem Siege diejenigen, die es als seine Feinde betrachten mußte, selbst mit dem Mantel seiner Kraft und seiner Großmuth bedeckt.“ (Donnerndes Bravo links. Vielfach wiederholter Ruf: „Es lebe die Republik!“) Die Aufregung ist außerordentlich. Der Vorsitzende hat große Mühe, sich Gehör zu verschaffen.

Großbritanien und Irland.

London, den 23. Febr. Die Eröffnung der allgemeinen Industrie-Ausstellung ist auf den 1. Mai 1851 festgesetzt worden. In wie großartigem Maaßstabe das Unternehmen angelegt werden wird, hängt natürlich von den Geldbeiträgen ab. Vom 1. Jan. 1851 an bis zum 1. März incl. wird die Kommission die eingesandten Ausstellungs-Gegenstände in Empfang nehmen. Die Ausstellung wird an der Südseite von Hyde Park auf dem Rotten-Row genannten Platze, den die Königin zu diesem Zwecke angewiesen hat, stattfinden. So weit sich die Sache annäherungsweise vorherbestimmen läßt, soll das zum Behufe der Ausstellung zu errichtende Gebäude nach der Veranschlagung der Kommission einen Flächenraum von 16—20 Acres, d. h. von etwa einer Million Q.-F., bedecken. Die eingesandten Gegenstände werden ihrer Beschaffenheit nach in vier Haupt-Abtheilungen geschieden werden; bei den einer Klasse angehörigen Gegenständen findet keine Scheidung nach Nationen statt. Einsendungen aus den Kolonieen und aus fremden Ländern werden zu Zwecken der Ausstellung zollfrei zugelassen. Die Kommission spricht die Hoffnung aus, durch die einfließenden Geldbeiträge in Stand gesetzt zu werden, den Eintrittspreis so niedrig festzustellen, daß allen Volksklassen der Zugang ermöglicht werde. Die Kommission behält sich das Recht vor, in Berücksichtigung des Raumes, der, so groß das Lokal auch sein mag, doch nothwendig ein beschränkter sein muß, Einsendungen zurückzuweisen und auszuwählen. Die Kommission hat sich mit dem Foreign-Office in Verbindung gesetzt, um durch dasselbe fremde Regierungen von den getroffenen Anordnungen in Kenntniß zu setzen. Für die eingesandten Gegenstände bezahlen die Eigenthümer keine Miethe. Das Ausstellungs-Gebäude wird feuerfest sein.

Rußland und Polen.

Kalisch, den 17. Februar. Die schnelle Reise des Griechischen Gesandten Zographos von Athen über Triest nach Petersburg wurde in Warschau durch einen mehrtägigen Aufenthalt unterbrochen. Hr. Zographos scheint gegenwärtig bei der obschwebenden Griechischen Frage in Warschau einiges Aufsehen erregt zu haben, wozu die große Sympathie, welche die Russen für die Griechen von jeher hegen (wie die Katze für die Maus!), das Ihrige beigetragen hat. Am 14. hatte er Warschau noch nicht verlassen. Mit Hrn. Zographos fast zu gleicher Zeit ist auch der Preußische Legations-Sekretair Graf Henkel von Donnersmark aus Berlin in Warschau angekommen, um von dort seine Reise nach Petersburg fortzusetzen.

Italien.

Die Nachrichten aus Rom reichen bis zum 14. Februar. Das Französische Kriegsgericht hatte gegen drei Personen, welche einen Mordanfall auf einen Französischen Offizier, Hrn. v. Versigny, gemacht hatten, sein Urtheil gefällt, welches gegen denjenigen, der den Streich geführt hatte, auf den Tod, gegen seine beiden Mitschuldigen auf lebenslängliche Galeerenstrafe lautete. Die Cardinal-Kommission soll es übel aufgenommen haben, daß der Französische Ober-Befehlshaber das Verbot in Betreff des Waffentragens erlassen, ohne ihr vorher davon Anzeige zu machen. Namentlich soll sie als auf einen Uebelstand darauf hingewiesen haben, daß ihre Polizei-Agenten Gefahr liefen, verhaftet und wegen Tragens von Waffen erschossen zu werden. Es werde also nöthig sein, dieselben mit irgend einem Erkennungszeichen zu versehen, und das sei doch auch der Natur ihres Dienstes nach nicht wünschenswerth. — Nach einem Briefe aus Neapel vom 14. November sind dort wieder zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Türkei.

Konstantinopel den 5. Februar. Das Benehmen Oesterreichs in der Flüchtlingsfrage ist eine seltsame Mischung von Eigensinn und Nachgiebigkeit. Hr. v. Stürmer verlangte Anfangs eine Internirung von 15 Jahren. Als die Pforte, wie natürlich, das Ansinnen kategorisch zurückwies, erklärte er sich mit einer Herabsetzung der Zeit auf 10 Jahre einverstanden: es erfolgt abermals eine abschlägige Antwort und der Internuncius will sich mit 5 Jahren begnügen; allein auch hiermit ist der Divan nicht zufrieden und es bleibt nichts anderes übrig, als nach Wien zu schreiben und die dort gefaßten Beschlüsse abzuwarten. Eine die noch obwaltenden Schwierigkeiten lösende Antwort ist noch nicht angekommen der diplomatische Verkehr zwischen Oesterreich und der Pforte ist also noch immer unterbrochen. — Der neue Commissar für die Donau-Fürstenthümer, Achmed-Effendi, ist am 30. Januar nach Buchareſt abgereist; — unterwegs wird er sich vierzehn Tage in Schumla und Warna aufhalten, um die Angelegenheit der Flüchtlinge in Ordnung zu bringen. Große Schwierigkeiten erwarten ihn auf seinem neuen Posten. Die Reorganisation der Fürstenthümer so ins Werk zu setzen, daß die Absichten der Pforte einigermaßen mit denen Rußlands in Einklang gebracht werden, wird keine leichte Aufgabe sein.

Von der Bosnischen Gränze, den 12. Febr. (Agr. Z.) In Türkisch-Croatien bereitet sich abermals ein Kampf vor, ja er ist bereits dem Ausbruche nahe. Von Banialuka bis an die Oesterreichische Gränze ist Alles im vollen Aufstande. In Banialuka ist die Türkische Besatzung, in Pridor und Novi die Muselime (Capitani) verjagt, die Krainaer Türken, die Matadore der Revolution gegen die Kaiserlichen oder, wie man zu sagen pflegt, gegen die Wesirlichen Anordnungen, in vollkommenster Renitenz im offenen Aufstande. Ihre erste Operation wird sein, sobald die Witterung halbweges günstig, vor Bihacz zu ziehen, den Pascha zu vertreiben und sich der Festung zu bemächtigen, um dann den Kaiserlichen Truppen einen mehr ausgiebigen, geeigneteren Widerstand entgegenzusetzen. Die Insurgenten verweigern durchaus die Stellung des Nizams und Entrichtung der Tansitmatsteuer. Dies wäre wohl für die Oesterreichische Gränze nur von untergeordneter Bedeutung, aber bei alledem spukt sehr viel die Magyarische Emigration in der Nähe; denn es befinden sich hart an Oesterreichs Gränzen mehrere Magyarische Emissäre, meist frühere Honved-Offiziere, sämmtlich über Travnik anlangend. Was ihre Absicht, ihr nächster oder entfernter Zweck, darüber verlautet bis jetzt nichts Gewisses. Der Pascha von Bihacz ist fest entschlossen, den Insurgenten, wie im vorigen Jahre, einen hartnäckigen Widerstand zu leisten. Die Besatzung von Bihacz kann er leicht bis 1000 Mann verstärken, mit Munition und Proviant ist er hinlänglich versehen und hofft, da in Bosnien eine bedeutende Macht regulärer Truppen versammelt ist, auch nicht lange auf Entsatz und eine günstige Wendung der Dinge warten zu müssen.

— Den 16. Febr. Die Insurgenten haben noch einen vermittelnden Weg versucht, und es sind aus ihrer Mitte zwei Abgesandte mit Postulaten zum Wesir entsendet worden. Sollte der Statthalter ihren Anforderungen nicht Gehör geben, so bricht der Aufstand, und zwar zuerst in der Kraina, gegen Mitte März (der Tag hierzu soll auf den 12. März bestimmt sein) aus.

Locales ꝛc.

Posen, den 1. März. Das Wasser zieht sich mehr und mehr zurück, seit unserm gestrigen Bericht ist dasselbe wieder um 1 Fuß gefallen, und steht jetzt um 4 Uhr Nachmittags am Pegel der Wallischei-Brücke 18 Fuß 6 Zoll. Die Brücke selbst und den vordern Theil der Wallischei passirten wir zu Fuß und überzeugten uns von der Verheerungen, die das Wasser an Gebäuden und Straßenpflaster angerichtet hat. Wir müssen hier auf's Neue unseren Behörden, sowohl Königlichen als städtischen, bis zum untersten Beamten, unsere lebhafte Anerkennung für die aufopfernde Thätigkeit und große Umsicht auszusprechen, mit denen sie zur Begegnung des Nothstandes nach allen Seiten rasch und kräftig gewirkt und dadurch dem Pfeil des Mißgeschickes gleichsam die Spitze abgebrochen haben. Ihrem menschenfreundlichen Eifer, welchem der sämmtlicher Bewohner der Stadt und deren nächster Umgebung würdig zur Seite stand, so wie dem einmüthigen, getreulichen Zusammenwirken beider Nationalitäten unserer Einwohnerschaft, welches nicht genug zu rühmen ist, verdanken wir es, daß nicht weit größeres Unheil, namentlich Verlust von Menschenleben zu beklagen ist und daß selbst die geringsten Excesse vermieden worden sind.

In Schrimm ist das Wasser um 3 Zoll gefallen. Aus Samter wird vom 27. zwar das fortwährende Steigen der Wartha, doch auch die Erhaltung des Dammes bei Obrzycko berichtet, gleichzeitig aber über den bedeutenden Schaden geklagt, den das Wasser den Holzablagen zugefügt. So hat es unter anderen bei Wronke von einer Ablage für 2000 Thlr. fortgerissen und mitgeführt.

β Posen, den 1. März. Heute Mittag hielt der zur Milderung der Wassersnoth vom Magistrat und den Stadtverordneten gebildete Ausschuß eine Plenarsitzung, in der, auf den Antrag des Mitglieds Dr. Matecki, beschlossen wurde, noch zwei Mitglieder Polnischer Nationalität dem gedachten Comité zuzugesellen. Es wurden hierzu die Stadtverordneten Szymanski und von Moraczewski erwählt. Es steht zu erwarten, daß nunmehr auch eine allgemeinere Theilnahme unserer Polnischen Mitbürger an dem Werke der Unterstützung als bisher stattfinden wird, da alle etwaigen, wenn auch immer ungerechtfertigten Zweifel über die unparteiische Vertheilung der eingehenden Gelder und Victualien durch jene Ergänzung des Comité's gehoben sein dürften.

÷ Samter, den 27. Febr. Gegenwärtig unterhält man sich hier größtentheils von den durch die große Ueberschwemmung verunglückten Bewohnern Posens; und manches mitleidige Herz hat auch schon seine Theilnahme durch Unterstützungen bethätigt. Das gute Beispiel, was in dieser Hinsicht die Provinzialstadt gegeben und noch giebt, wird gewiß wohl auch in der ganzen Provinz nachgeahmt werden. — Im Laufe voriger Woche bereitete uns der blindgeborne Pianist, Adolph Krug aus Posen, durch ein Konzert eine sehr angenehme Abendunterhaltung. Die Redaktion des hiesigen Kreisblattes war so gütig, gestützt auf ihr vorgelegte vortheilhafte Atteste von gewichtigen Autoritäten in diesem Fache, rechtzeitig die hiesigen Musikfreunde auf Krugs Leistungen aufmerksam zu machen. Dies hatte zur Folge, daß das Konzert über Erwartung zahlreich besucht war. Der jugendliche, erst 15 Jahr alte, Konzertgeber spielte meisterhaft und rechtfertigte in vollstem Maße die bei sich führenden, ihm in Berlin und Posen zu Theil gewordenen sehr günstigen Zeugnisse. — Heute sind hier 150 Landwehrmänner eingekleidet worden, welche nach drei Tagen zu unserem, gegenwärtig in Erfurt stehenden Ldw.-Bataillon abgehen.

χ Bromberg, den 27. Febr. Der Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins zu Inowraclaw hat dem Besitzer der hiesigen Maschinen-Bauanstalt Clara-Hütte, der die berühmte Breitsäemaschine in neuester Zeit erfunden hat, über diese von ihm geprüfte Maschine ein Zeugniß ertheilt, welches also schließt: „Der Vorstand des Vereins erkennt diese Breitsäemaschine als die beste ihm bisher bekannt gewordene hiermit an.“ Gewiß ist dies Zeugniß ein höchst ehrenwerthes, und verpflichtet wohl jeden Landwirth, dieser Erfindung sein Interesse

zuzuwenden. — Schon wieder hat in diesem Monat hier eine Prügelei zwischen Militärs und Civil stattgefunden, bei welchem die ersteren von ihren Waffen Gebrauch machten und die letzteren verwundeten. Diesmal ist jedoch der bezeichnete Straßenunfug desto strafbarer, als der Nachtwächter einer Vorstadt von den Militärs gerade bei Ausübung seines Amts, nämlich als er die Stunde abpfiff, angefallen und mit dem Säbel geschlagen wurde. Auch 2 Arbeitsleute, welche dem Nachtwächter zu Hülfe kamen, erhielten von den Soldaten Säbelhiebe. Die ofte Wiederholung des Mißbrauchs der Waffen ist wohl nur dem Umstande zuzuschreiben, daß die höheren Militärs derartige Fälle nicht erfahren; jeder Freund des Soldatenstandes muß aber aufrichtig wünschen, daß sie ihnen nicht unbekannt bleiben, damit eine Abstellung desselben erfolge

Kunst-Notiz.

Am Donnerstag produzirte die Averinosche Künstlergesellschaft wieder mehrere ganz neue Sachen mit außerordentlicher Geschicklichkeit und Leichtigkeit. Es geht bei diesen Künstlern selbst die schwierigste Produktion so spielend leicht von Statten, daß man den Glauben an eine dazu nöthige Anstrengung ganz verliert; der Gedanke an eine Besorgniß, daß irgend Etwas mißlingen könnte, aber gar nicht aufkommt. Herr Eugenio Averino zeigte sich ohne Balancirstange auf dem gespannten Seil in den schwierigsten und doch immer malerisch schönen Stellungen und riß die Versammlung zum lautesten Beifall hin; auch sind seine Römischen Spiele, die er mit Herrn Menabeni zusammen auf 2 Seilen ausführt, besonders hervorzuheben. Großen Anklang fanden die zum ersten Mal dargestellten lebenden Bilder, sowohl durch die Wahl der Gegenstände, welche sämmtlich edler und ergreifender Natur waren, als auch durch die malerisch schöne Anordnung der Tableaux. Die Ankündigung der Bilder, als aus den Zeiten der Götter, paßte jedoch nur zum Theil. Wir wünschen dem Publikum diesen Genuß als eine Zerstreuung und Erholung in dieser Zeit der Drangsale, welche doch jetzt sich bereits etwas aufzuhellen beginnt.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 1. März.

Hôtel de Bavière: Die Kaufl. Delius a. Bremen; Möblenbrock u Friedländer a. Leipzig; Gutsp v. Niesiołowski a Mkiniewo; die Gutsb Baron v. Willamowicz-Möllendorf a. Markowice; Graf Szołdrski a. Osiek; v. Guttry a. Paryz; Hoffmann a. Tarnowo u. v. Modlibowski a. Swierczyn.

Bazar: Gutsb. v. Potulicki a. Potulice; Sekr. Balicki a. Witoslaw; Hauslehrer Seidler a. Dresden.

Lauk's Hôtel de Rome: Kommerzienrath v. Scholtz a Grätz; die Kaufl. Ringelhardt a. Dresden u. Büttau a. Breslau; Apotheker Paulke a. Obrzycko; Gutsb. Lichtwald a. Bednary; Frau Gutsb. Baudelow a. Latalice

Hôtel de Dresde: Gutsb. Graf Mięczynski a. Pudewitz; Lieut. im 37. Inf-Rgt v. Nijan a Thorn

Hôtel à la ville de Rôme: Gutsp Raziejewski a. Klucz; Gen.-Bevollm. Szmitt a. Neudorf; Probsteipächter Kulczewicz a. Buk.

Hôtel de Berlin: Apotheker Grabowski a. Gnesen; Kreisphysikus Pappenheim a Kosten; Buchh. Cawani a. Nacot; die Gutsb. v. Kaminski a. Gulczewo u Wągrowiecki a. Szczytnik.

Hôtel de Pologne: Die Handelsleute Menke u. Kruse a. Silbach; Partik. v. Chlapowski a. Strzalkowo.

Im Eichborn: Die Kaufl. Flanter a. Janowiec; Krayn a. Pudewitz; Pulvermacher u. Katz a. Miloslaw u. Zuckermann a. Rawicz; Viehhändl. Schwandt a. Neu-Dessau.

Im Eichenkranz: Kfm. Salomonsohn a. Inowraclaw.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 3. März c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Herr Oberprediger Hertwig. — Nachm.: Herr Pred Friedrich.

Ev Petrikirche. Vm.: Herr Cons.-Rath Dr. Siedler (Abendmahl).

Garnisonkirche. Vm: Herr Mil.-Oberpred. Niese. — Nachm. 2 Uhr: Herr Div.-Pred Bork.

Christkathol Gem. Vm. u Nachm: Herr Prediger Post.

Ev luther. Gem. Vm u Nachm.: Herr Pred. Böhringer. Mittwoch den 6 März Abends 8 Uhr: Passionspredigt.

Im Tempel des israel. Brüder-Vereins. Sonnabend Vm 10 Uhr: Herr Prediger Dr. Goldstein.

In den Parochieen der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 21. bis 28. Februar 1850:

Geboren: 4 männl., 6 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 7 männl., 1 weibl. Geschlechts
Getraut: 1 Paar.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.

Sonntag, den 3. März: Die Belagerung von Saragossa, oder: Pachter Feldkümmels Hochzeitstag; Lustspiel in 4 Akten von A. v. Kotzebue. — Vorher: Die Erholungsreise; Posse in 1 Akt, nach d. Franz. v. L. Angely.



Heute Sonnabend den 2. und morgen Sonntag den 3. März: Große Vorstellung der italienischen Tänzer-Gesellschaft unter Direction des Michele Averino.

Das Nähere besagen die Zettel.

Die heute Nachmittag um 3 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau von einem gesunden Knaben zeigt statt besonderer Meldung Verwandten und Bekannten ergebenst an

Posen, den 28. Februar 1850.

Orlovius, Vermess.-Revisor.

Für die in hiesiger Stadt Ueberschwemmten sind ferner bei uns eingegangen:

von Herrn Staats-Anwalt Knebel 2 Rtlr.; Prof. Vth. 2 Rtlr.; Wwe. W. Pilaska aus Strumiany 3 Rtlr.; Kontr. Wache 1 Rtlr.; Buchh. Wache 15 Sgr.; Wal. Wache 15 Sgr.; Fr. Wache 10 Sgr.; W. Wache 5 Sgr. Zusammen 107 Rthlr.

Fernere Beiträge werden dankbar angenommen.

Posen, den 1. März 1850.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Bei dem Comité sind für die Ueberschwemmten ferner eingegangen von den Herren: Ob.-B. Naumann 10 Rthlr.; Czarnikau 15 Sgr.; Leon Kantorowicz 1 Rthlr.; Frl. M. Müller 3 Rtlr.; Fr. v. Crousaz 3 Rtlr.; H., O. und L. v. Crousaz 20 Sgr.; Bączkowicz 2 Rtlr.; Major v. d. Goltz 6 Rtlr.; Herrmann Baarth 20 Rtlr.; Lithogr. Busse 2 Rtlr.; Ziplewski 2 Rtlr.; Cons.-R. Kießling 10 Rtlr.; Brauerei-Bes. Hager 4 Rtlr.; Louis Czarnikau 5 Rthlr.; Louis Jander 1 Rthlr.; Kfm. Borghardt 2 Rthlr.; Anton Schmidt 10 Rtlr.; Maurerm. Falbe 2 Rtlr.; Hr. Königk (Kollekte) 9 Rthlr. 16 Sgr.; App.-G.-R. Hausleutner 5 Rtlr.; S. D. Jaffé 3 Rtlr.; Fr. Oberamtm. Hildebrandt 2 Rtlr.; J. Briske 3 Rtlr.; Kfm. Remak 1 Rtlr.; Lieboff 5 Sgr.; Graf 3 Rtlr.; Barthold 5 Sgr.; Seeger 2 Rtlr.; Neumann 2 Rtlr.; Viebig 1 Rtlr.; Moritz Orenstein 5 Sgr.; verw. v. Grevenitz 20 Sgr.; Bauinsp. Schinkel 4 Rthlr.; Hildebrandt 15 Sgr.; A. Bardt 2 Rthlr.; Born 2 Rtlr.; Fräntzel 2 Rtlr.; Gäde 2 Rtlr.; v. v. Wyschecki 1 Rtlr.; Hebenstreit 1 Rtlr.; Bürgermeister Guderian 5 Rtlr.; Präs. Bielefeld 5 Rtlr.; Bischof Freimark 6 Rtlr.; Kries 5 Rtlr.; Jäckel 3 Rtlr.; v. Borcke 5 Rtlr.; Guderian 1 Rtlr.; Apoth. Grätz 2 Rtlr.; v. Baillodz 1 Rthlr.; Puttkammer 2 Rtlr.; J. Mendelsohn 1 Rtlr.; v. Scheel 3 Rtlr.: v. L'Estocq 4 Rthlr.; Brzosowski 4 Rthlr.; Benas 2 Rthlr.; v. Garnier 3 Rthlr.; Reg.-R. v. Bünting 2 Rthlr.; Gen.-L. v. Steinäcker 20 Rthlr.; Lieut. v. Grolman (2 Fr.d'or) 11 Rthlr. 10 Sgr.; von Stein 10 Rthlr.; Dr. Leviseur 1 Rthlr; v. Waldow 5 Rthlr.; von d. Kindern u. Enkelkindern des Hrn. Bisch. Freymark 3 Rthlr. 15 Sgr.; Major v. Bünting 3 Rthlr.; Med. R. Dr. Herzog 2 Rthlr. (die zuletzt genannten 134 Rthlr. 15 Sgr. von Herrn Maj. v. Bünting gesammelt); R. R. Seifert 10 Sgr.; Gastw. Krug 10 Sgr.; Bauinsp. Gaul noch 5 Sgr.; Lieut. Krause 10 Sgr.; Vogt 5 Sgr; Int.-R. Grüttner 1 Rthlr.; Schmidt 10 Sgr.; R.-R. Winckler 15 Sgr.; Distr.-K. Merck 10 Sgr.; Bez.-Feldweb. Knapp 10 Sgr.; Amtsr. Klinghardt noch 1 Rthlr.; Hauptm. v. Gwiazdowski 15 Sgr.; F. K. 20 Sgr. (die zuletzt genannten 6 Rthlr. von Herrn Schellenberg gesammelt); W. Schorer 2 Rthlr.; Präs. Klebs 25 Rthlr.; J. A. Lewysohn 2 Rtl.; Degórski 1 Rtlr.; Apoth. Jonas (gesammelt) *] 104 Rtlr. 5 Sgr.; Post-Comptoir Samter ges. 18 Rtlr.; Proviantm. Rasche 5 Rtlr.; Geh. Just.-R. Ryll 1 Rtlr.; Ob. v. Könneritz 5 Rtlr.; Hauptm. Peschell 5 Rtlr.; M. und H. Mamroth 10 Rtlr.; Eichborn 1 Rtlr.; S. H. Kantorowicz 2 Rtlr.; Red. d. Gaz. Polska noch gesam. 25 Rtlr.; C. Kloos 10 Sgr. — Summa 1833 Rtl. 27 Sgr. 2 Pf.

Außerdem sind eingegangen: Von Hrn. Rittergutsbes. H. v. Treskow auf Radojewo: 8 Scheffel Erbsen und $1\frac{1}{2}$ Schock Stroh; von Herrn Major Kniffka: 10 Scheffel Kartoffeln, $1\frac{1}{2}$ Scheffel Graupe und täglich 75 Pfd. Brot; von Hrn. Wandelt aus Karczewo: 10 Hammel und 10 Scheffel Kartoffeln; von Frau Landschaftsräthin Powelska auf Wojnowo: 46 Scheffel Kartoffeln, 8 Scheffel Erbsen, 3 Scheffel Unterrüben und 1 Scheffel Oberrüben; von Hrn. Bäcker Maiwald: 12 Brote; von Herrn Wassermann: 30 Pfd. Perlgraupe; von Hrn. Heiducki aus Pinne: 6 Scheffel Erbsen und 360 Pfd. Roggenmehl; von der 6. Compagnie des 8. Inf.-Regts.: 83 Brote; von Hrn Klug aus Mrowino; 5 Scheffel Roggenmehl und 12 Quart Graupe; von Hrn. v. Ostrowski auf Guttowy: 4 Scheffel Erbsen; von Hrn. Pakscher: $\frac{1}{2}$ Ctr. Graupe; von Herrn Gutsbes. Stawski aus Komorniki: 8 Scheffel Kartoffeln und 2 Scheffel Erbsen; von Hrn. Kaufm. M. A. Munk: $\frac{1}{4}$ Ctr. Reis; von Hrn. Kaufmann Brasch: $\frac{1}{2}$ Ctr. Reis; von Hrn. J. Matecki auf Glupoń: 10 Viertel Roggen, 3 Viertel Gerste und 2 Viertel Erbsen; von Fräul. Emilie v. Szczaniecka auf Pakostowo: 22 Scheffel Roggen, 22 Scheffel Kartoffeln und 11 Scheffeln Gerste; von Frau von Węgierska auf Napachanie: 8 Viertel Kartoffeln, 6 Viertel Erbsen, 4 Viertel Gerste und 4 Viertel Buchweizen Grütze.

(Berichtigung.) In dem gestr. Verzeichnisse der eingegangenen Unterstützungs-Beiträge muß es heißen: „Schönwald 5 Sgr.": statt 5 Pf.

*) Die Specifikation wird nachfolgen.

Aufruf zur Mildthätigkeit.

Milde Gaben für die durch Ueberschwemmung hülfsbedürftig gewordenen Bewohner der Stadt Posen werden angenommen und sollen die Namen der geehrten Wohlthäter, so wie die von ihnen gespendeten Beiträge angegeben werden.

Alle Einsassen der hiesigen Umgegend, in denen das Gefühl für Mitleid mit ihren unglücklichen Mitmenschen nicht erstickt ist, werden hiermit so dringend wie ergebenst ersucht, zur Linderung der großen Noth nach Kräften beizutragen und ihr Scherflein dem unterzeichneten zur weitern Beförderung schleunigst zuzustellen. Moschin, den 26. Februar 1850.

Post-Comptoir.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Posen.
Erste Abtheilung — für Civilsachen.
Posen, den 18. Januar 1850.

Das dem Bürger und Schlossermeister Carl Ludwig Schnierstein gehörige, zu Posen auf der (Bromberger-) Wronker-Straße No. 301. belegene Grundstück, abgeschätzt auf 8384 Rthlr. 9 sgr. $10\frac{1}{2}$ pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 10. September 1850 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präclusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Der Verwaltungs-Rath des Volksdanks für Preußens Krieger

fühlt sich verpflichtet, seinen tiefgefühlten Dank für die bisher eingegangenen zahlreichen Beiträge öffentlich auszusprechen und die Resultate seiner Thätigkeit bis zum Schlusse des Jahres 1849 vorzulegen.

Eingegangen sind bis zum 1. Januar 1850	28,773 Thlr. 16 Sgr. 5 Pf.
Ausgegeben für Druck- und Versendungskosten, Zeitungsinsertionen incl.	323 = 17 =
bleibt Bestand	28,449 Thlr. 29 Sgr. 5 Pf.

Hiervon sind bei der Königl. Seehandlung belägt: 28,000 Thlr.

Das Hohe Kriegs-Ministerium hat sich bisher außer Stande gesehen, die Listen derjenigen Krieger und ihrer Hinterbliebenen einzusenden, welche nach den Statuten, die wir nächstens veröffentlichen werden, einen näheren oder entfernteren Anspruch auf eine lebenslängliche oder vorübergehende Unterstützung haben. Eben so wenig können wegen der zahlreichen noch ausstehenden Beitrags-Listen, die Einnahmen auch nur annähernd als vorläufig geschlossen angesehen werden.

Der Verwaltungs-Rath hat sich daher bis jetzt außer Stande gesehen, einen Verwendungsplan der Einnahmen auszuarbeiten und sie demgemäß zu verwenden. Er ergreift aber diese Gelegenheit, den patriotischen Männern, in deren Händen sich noch dergleichen Listen befinden, deren baldige Rückgabe, so wie die Einsendung der Beiträge, recht dringend ans Herz zu legen. Eben so hofft derselbe, daß noch fernere Beiträge zu diesem echt vaterländischen Zweck eingehen werden.

Der ganz unverhältnißmäßige Kostenaufwand, welcher, nach den gemachten Erfahrungen, der begonnene Abdruck und die Veröffentlichung der sämmtlichen einzelnen Beiträge verursachen und den eigentlichen Zwecke entziehen würde, hat uns veranlaßt davon abzustehen und die Originallisten der eingezahlten Beiträge bei unserm Mitgliede, dem Buchhalter W. Grunow zu Berlin, Fischerstraße No. 20., zu Jedermanns Einsicht auszulegen.

Bekanntmachung.

Das der hiesigen städtischen Schule zustehende, aus der Königl. Forst zu Priment zu verabfolgende Deputat-Holz, bestehend:

a) aus 36 Klaftern kiefern Scheit- und
b) = 12 = = Astholz,

soll Donnerstag als den 21. März c. Vormittags um 10 Uhr in loco Priment an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden, wozu das kauflustige Publikum hiermit eingeladen wird.

Besonders werden hierauf Brennereibesitzer, Bäcker und Kohlenbrenner aufmerksam gemacht.

Kosten, den 26. Februar 1850.

Der Schulvorstand.

Obstbäume-Verkauf.

In der Baumschule zu Gutwohne, 1 Meile von Oels, 3 Meilen von Breslau, ist eine bedeutende Zahl hochstämmiger Kirsch-, Aepfel- und Birnstämmchen verkäuflich. Es werden 50 Sorten Kirschen, 180 Sorten Aepfel und 100 Sorten Birnen der edelsten und tragreichsten Gattungen kultivirt. — Der Katalog liegt bei dem Gärtner zur Einsicht und Auswahl bereit. An Auswärtige wird auf Verlangen der Katalog, gegen Erstattung der Portokosten, über die Post zugesendet. Der Preis, incl Stammgeld ist: der Kirschstämmchen nach Maasgabe ihrer Stärke und der Güte der Frucht, bei Bezeichnung der Namen 11 bis 13 Thaler pro Schock, — ohne Angabe der Namen 10 Thaler; der Aepfel und Birnstämmchen, unter gleicher Voraussetzung, 13 bis 16 Thaler pro Schock. — Bei der Entnahme von mehreren Schocken werden 10 Procent Rabatt bewilligt.

v. Rosenberg-Lipinski.

Die

drei vereinigten Möbel-Magazine in Berlin,

das Königl. Hof-Lieferungs-Magazin, Spittelbrücke No. 3., Leipzigerstraße No. 62. und Hausvogtei-Platz No. 1., welche die Firma:

„Erstes Central-Möbel-Magazin des Tischler-Gewerks"

führen, empfehlen sich mit ihren wohlassortirten Lagern von Möbeln, Spiegel- und Polsterwaaren, für deren Dauerhaftigkeit garantirt wird, zu soliden und festen Preisen. Bestellungen werden nach Zeichnungen und Modellen pünktlich ausgeführt.

Da unser Lokal obdachlosen Familien einstweilen eingeräumt ist, bleiben die Vorträge bis zur Wieder-Bekanntmachung ausgesetzt.

Das Comité
des Vereins für Handlungsdiener.

In Rakwitz ist ein Wohnhaus nebst vollständig eingerichteter Färberei mit den nöthigen Utensilien und einer Rolle von 24 Fuß Länge sofort zu vermiethen oder zu verkaufen. — Das Nähere darüber beim Kaufmann Ignatz Klemczynski daselbst zu erfragen.

Pariser Herren-Hüte neuester Façon empfiehlt zu billigen Preisen

S. Kantorowicz jun., Wilhelmsstr. 21.

Ein guter Flügel wird zu miethen gesucht. Auskunft Friedrichsstr. No. 25. 2 St.

Brust-Caramellen

gegen **Heiserkeit, Husten** u. **Brustleiden. Vanillen-, Gewürz-, Stücken-, Wurm-, bittere** und **entölte Chocoladen** empfiehlt Neuestraße **Ludwig Johann Meyer.**

☞ Treu & Nuglisch's höchst gereinigte **Cocos-Nuss-Oel-Soda-Seife,** 6 Stück für 5 Sgr. bei **Klawir,** No. 14. Breslauer-Strasse.

Fetten Limburger Sahn-Käse à 4 Sgr. pro Pfund offerirt

Michaelis Peiser,
Breslauer-Straße No. 7.

Hochrothe süße Messinaer Apfelsinen, das Dutzend zu 15 Sgr. bis 1 Rthlr., saftreiche Messinaer Citronen, das Dutzend 9 Sgr., hundertweise billiger, neue Türkische Pflaumen, das Pfd. 3 Sgr., Italienische Prünellen, und große gesunde Maronen sind noch zu haben bei

J. Ephraim, Wasserstraße **No. 2.**

Colosseum.

Heute Sonnabend den 2. März:

Große Redoute

mit und ohne Maske.

Entrée 10 Sgr. Damen frei. Bis 5 Uhr kostet das Billet in meiner Wohnung $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Peiser.

Anerkennung.

Am 20. d. M. war mir eine Brieftasche mit 13 Tresorscheinen und verschiedenen Quittungen verloren gegangen; dem Finder, Namens A. Schubert, welcher mir, durch vielfältige Anfragen meiner Person, dieses Verlorne wieder eingehändigt hat, bin ich vielen Dank schuldig geworden.

Posen, den 26. Februar 1850.

W. Kröpke.

Wenn wir gleich mit dem größten Dank erkennen, wie bei der großen Wassersnoth die hiesige Königl. Artillerie-Abtheilung durch ihr Gespanne bereitwilligst große Hülfe geleistet hat, so müssen wir doch auf der andern Seite es tief bedauern, daß es trotz allen Bemühungen und der Vermittelung des Hrn. Generallieutenants v. Steinäcker Excellenz nicht gelang für die so sehr gefährdeten Wagenbauer auf der Gerberstraße die beiden Reitbahnen überwiesen zu sehen und sie so vor dem erlittenen großen Verlust zu bewahren. Wenn dies 1815 bei geringerer Gefahr gestattet wurde, wie wir heute noch dankend anführen, so dürfte es auch jetzt zu ermöglichen gewesen sein, und es bleibt uns nur noch der innige Wunsch, daß die Herren, welche sich zum abschläglichen Bescheide dienstlich veranlaßt fanden, bei ihrem einstigen Uebertritt in das bürgerliche Verhältniß, in ähnlicher Gefahr, weder für sich noch ihre Kinder, eine gleiche trübe Erfahrung erleben möchten.

Mehrere Bürger.